ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Groß, Dietrich Eberhard

Article — Digitized Version

Die ungelösten Probleme der Entwicklungshilfe

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Groß, Dietrich Eberhard (1960) : Die ungelösten Probleme der Entwicklungshilfe, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 40, Iss. 1, pp. 16-18

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/132909

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Geschichte des Hochdammes von Assuan ist für uns ein Musterbeispiel der verpaßten Gelegenheiten."

Für die Errichtung von verarbeitender Industrie in den Entwicklungsländern sollten möglichst bestimmte Voraussetzungen gegeben sein — so meinte Herr Schulz. Er würde mit einer solchen Anlage niemals in ein Entwicklungsland gehen, das in der für ihn maßgebenden Rohstoffbasis auf Einfuhren angewiesen wäre. „Wenn ich z. B. Fahrräder fabrizieren will, müßte der Hauptrohstoff im Lande erzeugt werden. Man müsse immer damit rechnen, daß infolge einer Devisenknappheit die Rohstoffzufuhren gedrosselt und die Stillegung des Werkes erzwungen werde. Die zweite Voraussetzung ist das Vorhandensein eines entsprechenden Arbeitskraftpotentials."

Bereitstellung von Führungskräften

„Gewiß, wir müssen bei der Errichtung von Großanlagen selbst Führungskräfte zur Verfügung stellen. Sie fragen, ob wir uns das in unserer gegenwärtigen Konjunkturlage leisten können. Wir müssen es einfach, um zu gewährleisten, daß die erstellten Anlagen auch laufen. Wie Sie wissen, bemühen wir uns, einheimische Kräfte sowohl bei uns als auch bei befreundeten Firmen ausbilden zu lassen, die ein Führungskader stellen können. Auf Ihre Frage, ob wir inzwischen in Übersee gute Erfahrungen mit den bei uns ausgebildeten einheimischen Kräften gemacht haben, muß ich Ihnen — wenn Sie ein Ja oder Nein erwarten — mit Ja antworten. Natürlich läßt sich darüber einiges mehr sagen. Der Erfolg dieser Ausbildung ist eine Frage der Auswahl. Und vielleicht sollten wir an der Auswahl etwas mehr beteiligt sein. Die Auswahl im Heimatland erfolgt oft unter politischen Rücksichten. Da wird der Sohn eines Ministers, eines höheren Beamten, eines Parlamentariers ausgewählt. Diese Leute glauben dann, infolge ihrer Ausbildung in Deutschland einen höheren Rang gegenüber ihren Landsleuten einnehmen zu können. Der höhere Rang äußert sich darin, daß sie nur noch einen weißen Kragen tragen, zwei Stunden später kommen, drei Stunden eher gehen und sich die Finger nicht schmutzig machen wollen. Im empfehle den Geschäftsleitungen immer, solche Leute rigoros rauszuschmeißen oder gerade mit der Dreckarbeit zu beschäftigen. Trotz solcher gelegentlicher Schönheitsfehler ist das Ergebnis im ganzen gut."

„Ich muß Ihnen völlig recht geben, wenn Sie mich fragen, ob hinsichtlich einer breiteren Ausbildung von Arbeitskräften im eigenen Land oder hinsichtlich der praktischeren Verwertung der Hüttenprodukte ein Stahlwerk orthodoxen Typs nicht möglicherweise besser sei als ein hypermodernes Werk. Die Entscheidung liegt aber beim Auftraggeber."

Finale:
Unzureichende Mittel

„Wir müssen, Herr Schulz, leider an das Ende unseres Gesprächs denken. Sie wissen, daß die Mittel, die den Entwicklungsgebieten aus eigener Kraft oder aus ausländischer Hilfe — sagen wir besser Unterstützung — zur Verfügung stehen, beschränkt sind. Häufig wird sich die Frage ergeben, ob bei der Begrenztheit dieser Mittel eine große Investition, wie die Errichtung einer Grundstoffindustrie, in Anbetracht der akuten Notlage der Bevölkerung zu verantworten ist, ob nicht unmittelbar wirkende Maßnahmen — auch wenn sie für die Dauer weniger ergiebig sind — aus sozialen oder politischen Gründen vorgezogen werden müßten. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Basis der Entwicklungshilfe zu verbreitern? Sollte man nicht besser die begrenzten Mittel stärker konzentrieren, um ihre Wirkung zu verstärken? Und wonach würden Sie die Auswahl treffen: nach politischen Gesichtspunkten, d. h. nach den Gebieten, die für den Kommunismus am anfälligsten sind, oder nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, d. h. nach den Gebieten, die den größten und schnellsten Erfolg für die wirtschaftliche Entwicklung versprechen?"

„Ich halte eine Konzentration der Mittel für äußerst wichtig. Bei der Auswahl wird man das politische mit dem wirtschaftlichen Prinzip verbinden müssen. Schicken Sie aber nicht nur reine Politiker in die Entwicklungsgebiete, um die Zweckmäßigkeit und Dringlichkeit der Konzentration feststellen zu lassen. Denn wenn ein solcher Politiker einen Besuch in X, Y oder am Ende der Welt macht, wird er immer davon überzeugt sein, daß X oder Y oder das Ende der Welt der gegebene Ansatzpunkt ist, von dem aus sich das Schicksal der Welt bestimmt. Das ist nur allzu menschlich."

„Um am Ende unseres Gesprächs auf unseren ominösen Ausgangspunkt, das Große Europa, zurückzukommen, meinen Sie nicht, Herr Schulz, daß man durch eine geeignete Institution das riesige Wirtschaftspotential dieses Raumes für die Entwicklungsarbeit besser einsetzen könnte?"

„Ich halte den Gedanken einer gemeinsamen, zentralen Organisation für gut. Wir könnten damit einen guten Anfang machen, aber wir müßten mit den USA und Kanada in diesem Rahmen zusammenarbeiten. Wir dürfen eine solche Institution aber nicht einseitig besetzen. Die helfende Wirtschaft sollte ihrer Bedeutung entsprechend beteiligt sein und dazu möglichst Sachverständige der Entwicklungsländer.

Alles in allem hoffe ich, daß der Vorrang der Politik nicht vernünftigen Lösungen einer wirtschaftlichen Integration Gesamteuropas und einer Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte der westlichen Welt zum Nutzen der Entwicklungsländer entgegensteht."

Vielleicht ist durch diese Skizze der realpolitische Charakter des Gesprächs einigermaßen zur Geltung gekommen. Viele Fragen blieben noch offen, besonders eine Reihe von technologischen Voraussetzungen für die Errichtung von Grundstoffindustrien in den Entwicklungsgebieten hätte ich noch gern geklärt gehabt. Vielleicht bietet sich dazu eine andere Gelegenheit. Herr Schulz ist aber Wirtschaftspolitiker mit einem scharfen Blick für die Realitäten, die — auch wenn man abweichender Meinung ist — oft versöhnlicher wirken, als alle Heuchelei, die wir so oft hören. Man muß sich in einem Gespräch immer die Stärke des Partners zunutze machen.

Lothar Berghändler

Dietrich Eberhard Groß, Hamburg

Die ungelösten Probleme der Entwicklungshilfe

Die Summen, die allein die USA alljährlich in ihrem Haushalt für Hilfsmaßnahmen gegenüber den Entwicklungsländern bereitstellen, übersteigen den seit 1954 aufgewandten Gesamtbetrag der kommunistischen Wirtschaftshilfe an die nicht-kommunistischen Länder in Höhe von bisher über 2 Mrd. $ Gegenwert beträchtlich. Trotzdem befriedigen die Ergebnisse der westlichen Entwicklungshilfe weder in politischer noch in finanzieller Hinsicht.

Politische und finanzielle Belastungen

Die kommunistischen Länder haben es verstanden, die psychologischen Faktoren, deren Berücksichtigung im Verkehr mit den Entwicklungsländern mit ihrer jungen Eigenstaatlichkeit besonders wichtig ist, zu ihren Gunsten zu nutzen. Auf diese Weise haben sie Effekte erzielt, die weit über den materiellen Wirkungsgrad ihrer Hilfe hinausgehen. Trotz der Ereignisse in Ungarn im Herbst 1956 ist die Sowjetunion — im Gegensatz zu den ehemaligen Kolonialmächten — eigennütziger Ambitionen nicht verdächtig, und sie hat sich in der Tat streng gehütet, diesen überraschenden Goodwill durch Vermischung ihrer Hilfe mit politischen Forderungen, politischer Unterwanderung der Empfängerländer durch ihr technisches Personal oder dessen Verwendung zu Spionagezwecken zu verspielen. Bei der amerikanischen Hilfe haben dagegen einzelne Länder andere Erfahrungen gemacht. Wie erinnerlich, erregte es seinerzeit größtes Aufsehen, als die Regierung des kleinen und wirtschaftlich sehr rückständigen Burma 1953 auf die Fortsetzung der gerade angelaufenen amerikanischen Hilfe offiziell verzichtete, weil das Land seine Lieferungen nach China nicht einstellen wollte.

Der wirtschaftliche Aufbau in der Sowjetunion aus eigener Kraft gilt in den Entwicklungsländern als nachahmenswertes Vorbild und seine wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Folgerungen im allgemeinen eher anregend als abschreckend. Die langfristigen Bindungen, auch im normalen Warenaustausch mit den kommunistischen Ländern, kommen den Wünschen der Entwicklungsländer entgegen, weil sie ihre Planungen, deren Notwendigkeit heute überall unbestritten ist, danach ausrichten können, weil auf diesem Wege aber auch das beträchtliche Risiko der Weltmarktschwankungen verringert wird. Die kommunistischen Geberländer sehen bewußt von der unbeliebten, weil als Einmischung, ja sogar als Anmaßung empfundenen „Beurteilung" der von den Empfängerländern vorgeschlagenen Projekte ab, ihre Hilfe kommt ausschließlich dem staatlichen Sektor zugute, und sie beanspruchen keine Anteile an den neuen Werken, die ihnen Gewinne sichern, aber die Zahlungsbilanz der Entwicklungsländer belasten würden, sondern übergeben die Werke nach Ingangsetzung der uneingeschränkten Verfügung der Empfängerländer. Andererseits tragen die kommunistischen Regierungen den nationalen Empfindlichkeiten der jungen Länder Rechnung, indem sie in der Regel keine Geschenke, sondern Kredite gewähren, die Gegenleistungen des Partnerlandes erfordern und bei diesem dadurch das Gefühl hervorrufen, die mit dem Kredit geschaffenen Investitionen letztlich aus eigener Kraft bewerkstelligt zu haben. Das Resultat: dem kommunistischen System ist es besser gelungen, die idealen Ziele der Entwicklungshilfe mit ihren realen Möglichkeiten in Einklang zu bringen, als dem Westen trotz des Einsatzes weit überlegener Mittel und trotz der Vielfalt der von ihm angewandten Methoden.

Auch die finanzielle Entwicklung ist unbefriedigend. Die äußere Verschuldung der Entwicklungsländer hat sich im Laufe der letzten Jahre erheblich, teilweise besorgniserregend vergrößert. Beispielsweise belaufen sich die Aufwendungen Indiens, des wirtschaftlich und politisch bedeutendsten Entwicklungslandes, für den äußeren Schuldendienst nach dem derzeitigen Stande für die Zeit des — am 1. 4. 1961 beginnenden — dritten Fünfjahresplanes bereits auf über 5 Mrd. Rs (rd. 4,5 Mrd. DM). Dieser gewaltige Betrag absorbiert nicht weniger als ein Fünftel des vorgesehenen Devisenbedarfs Indiens im dritten Fünfjahresplan, der dazu noch nicht einmal ohne neue Finanzhilfe des Auslandes sichergestellt ist. Die Folge ist, daß — wie schon beim zweiten Fünfjahresplan — die Ziele zurückgesteckt werden müssen, die wirtschaftliche Entwicklung verlangsamt wird und anstelle einer Erhöhung des Lebensstandards bestenfalls dessen Abgleiten als Folge des jährlichen Geburtenüberschusses von schätzungsweise 5—6 Mill. Menschen verhindert werden kann. Das bedeutet, daß der Erfolg und damit der Sinn der westlichen Entwicklungshilfe in Frage gestellt ist; es bedeutet darüber hinaus eine immense politische Gefahr. Die Entwicklungsländer, nicht nur Asiens, verfolgen aufmerksam den chinesischen Wirtschaftsaufbau und vergleichen die Fortschritte Chinas und Indiens miteinander. Sollten die Ergebnisse in China auf längere Sicht besser sein, so stünde zu befürchten, daß die Entwicklungsländer die in China angewandten Methoden für die überlegenen halten und zu dem schwerwiegenden Entschluß kommen, daß ein nicht-kommunistisches System für den Aufbau von Entwicklungsländern weniger geeignet ist.

Handel statt Hilfe

Diese Situation wird durch Absperrmaßnahmen der Industrieländer gegenüber den Erzeugnissen der jungen Industrien der „Niedrigpreisländer", wie die Entwicklungsländer im Verein mit Japan in diesem Fall genannt werden, verschärft. Dabei liegt doch die Überlegung wirklich nahe, daß die jungen Industrien der Entwicklungsländer sich auch Absatzmärkte außerhalb der eigenen Grenzen suchen. Die Industrieländer können nicht auf die Dauer die ganze Welt mit Investitionsgütern beliefern, ohne gleichzeitig ihre Märkte für den Absatz der von den Entwicklungsländern erzeugten Waren freizugeben. Nicht zufällig erheben die Entwicklungsländer auch immer wieder die Forderung: Handel statt Hilfe. Auch in diesem Punkt haben sich die kommunistischen Länder mit viel Geschick eingeschaltet. Eine Hilfe durch Beseitigung der Einfuhrbeschränkungen wäre wegen der Möglichkeit unmittelbarer eigener Gegenleistungen für die Entwicklungsländer nicht nur wirtschaftlich angenehmer, sondern auch psychologisch und damit politisch ungleich wirksamer. Die Verwirklichung dieser Möglichkeit, den Entwicklungsländern durch verstärkte Abnahme ihrer vornehmlich industriellen Produkte zu größeren Devisenerlösen zu verhelfen, scheint jedoch in den alten Industrieländern unverändert auf kaum überwindbare Schwierigkeiten zu stoßen. Erst zum

Abschluß seiner 15. Tagung im November 1959 hat das GATT erneut dringend in diesem Sinne an die Mitgliedsländer appelliert.

Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die als Folge einer echten internationalen Arbeitsteilung notwendige strukturelle Umstellung auch bei ernsthafter Inangriffnahme eine Reihe von Jahren benötigen würde. Außerdem müßten sich die Entwicklungsländer darüber klar sein, daß ihr Mehraufkommen an Devisen durch die völlige Liberalisierung der entsprechenden Einfuhren in den Industrieländern nicht annähernd die entstandene und sich laufend vergrößernde Lücke ausfüllen könnte. Trotzdem machen die kommunistischen Länder mit Erfolg geltend, daß auch ihre Handelsbeziehungen mit den Entwicklungsländern eine echte Hilfe bedeuten, weil sie in erster Linie diesen Erfordernissen der Entwicklungsländer Rechnung tragen. Tatsächlich erscheint es nicht vertretbar, eine Situation aufrechtzuerhalten, die dazu führt, daß die Devisenüberschüsse — wie in den letzten Jahren — zu etwa einem Viertel aus Zahlungen der Entwicklungsländer herrühren.

Daß die bisherigen Mittel und Wege der westlichen Entwicklungshilfe nicht genügen, ist inzwischen allgemein anerkannt. Die International Development Association (IDA), deren Gründung auf der diesjährigen Tagung der Weltbank einstimmig beschlossen wurde, verdankt ihr Entstehen zu einem nicht geringen Teil dieser Erkenntnis. Aber trotz der vorgesehenen Erweiterung bleiben zahlreiche brennende Fragen offen, so daß es notwendig ist, nach weiteren Lösungen zu suchen. Eine Möglichkeit, die sich geradezu anbietet, ist der Ausbau des Systems, das von sowjetischer und in begrenztem Umfang auch von amerikanischer Seite angewandt wird, nämlich die Lieferung gegen Zahlung in der Währung des Empfängerlandes. Dieses Verfahren, das zuerst beim Marshall-Plan erprobt worden ist, wird bei den amerikanischen Hilfslieferungen landwirtschaftlicher Überschußprodukte durchgeführt, und seit einiger Zeit sehen auch die Warenaustausch- und die Wirtschaftshilfe-Abkommen des Sowjetblocks mit den Entwicklungsländern die Bezahlung durch nicht-konvertierbare Gegenwertmittel vor. Mit den Gegenwertmitteln sind in der Vergangenheit in den Entwicklungsländern überwiegend Maßnahmen zur Verbesserung der sogenannten Infrastruktur wie Straßen- und Eisenbahnbau, Bau von Bewässerungsanlagen und Energiewerken finanziert, daneben sind aus diesen Gegenwertmitteln auch Kosten der technischen Hilfe bezahlt worden.

Mit der verstärkten Industrialisierung ergeben sich aber unvermeidlich Erscheinungen anderer Art, die in der Übergangszeit — der „Durststrecke" — in den Entwicklungsländern weitgehende Ähnlichkeiten aufweisen. Für Abhilfe zu sorgen, ist um so dringender, als die Übergangszeit nicht nur Jahre, sondern Jahrzehnte dauern wird. Die Überbelastung der Zahlungsbilanzen bei der Durchführung der Entwicklungsprogramme führt zur weitgehenden Einschränkung der Nahrungsmitteleinfuhren und zur nahezu vollständigen Drosselung der Einfuhren von Verbrauchsgütern ohne Rücksicht darauf, ob die Ernährung der wachsenden Bevölkerung aus eigener Erzeugung einigermaßen sichergestellt werden kann und ob die heimische Industrie imstande ist, wenigstens den dringendsten Bedarf an lebenswichtigen Waren des täglichen Gebrauchs, z. B. an Bekleidung, zu befriedigen. Trotz aller Beschränkungen nehmen aber die Einfuhren der Grundnahrungsmittel, ganz besonders in Jahren schlechter Ernten, noch immer recht beträchtliche Teile der Devisenbudgets in Anspruch.

Ein System revolvierender Hilfe

An diesem Punkt müßte eine wirksame zusätzliche Hilfe einsetzen, die mit den bisherigen Mitteln nicht das riesenhafte Ausmaß erreichen kann, das erforderlich ist. Es käme deshalb darauf an, die zur Verfügung stehenden Mittel so einzusetzen, daß sie sich nicht erschöpfen, wie es bisher bei der Finanzierung von Infrastruktur-Projekten zwangsläufig der Fall war. Deshalb müßte der Versuch gemacht werden, ein System zu entwickeln, das die bisherigen Hilfsmaßnahmen ergänzt, zu einer allmählichen Vergrößerung der eingesetzten Mittel statt zu ihrem Verbrauch führt — wie das ERP-Sondervermögen in der Bundesrepublik — und die Zahlungsbilanzen der Entwicklungsländer nicht belastet, ein System revolvierender Hilfe also. Obwohl dieser Gedanke so naheliegend ist, scheint bisher an maßgebender Stelle niemand auf eine solche Idee gekommen zu sein. Ein derartiges System ließe sich außerdem — und das wäre ein weiterer großer Vorzug — mit der Gegenseitigkeit der Hilfe verbinden, die die Entwicklungsländer selbst gleichzeitig zu Geberländern macht.

Das Schema dieses Systems stellt sich einfach dar, seine praktischen Schwierigkeiten wären sicherlich nicht unbeträchtlich, aber auch nicht unüberwindlich. Der Ablauf eines vereinfachten Beispiels sieht folgendermaßen aus: Die Bundesregierung erwirbt aus ERP-Mitteln landwirtschaftliche Überschußprodukte entweder deutscher Erzeugung oder aus der Erzeugung des Entwicklungslandes A im Werte von X Mill. DM und liefert sie an das Entwicklungsland B. Die Regierung des Empfängerlandes bezahlt 5 % des cif-Preises in Devisen an die Bundesrepublik und zahlt 105 %, nämlich die restlichen 95 % zuzüglich 10 % Aufschlag, in heimischer Währung auf ein Gegenwertkonto bei ihrer eigenen Nationalbank ein. Durch einen so kleinen Anteil der Tilgung tritt eine wesentliche weitere Belastung der Zahlungsbilanz des Entwicklungslandes B zweifellos nicht ein.

Bis hierher unterscheidet sich das vorgeschlagene neue System in seinen Grundzügen nicht von den bisher angewendeten Verfahren. Erst in den folgenden Teilen beginnt die Gegenseitigkeit und gleichzeitig die revolvierende Wirkung der Hilfe.

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20—30, TELEFON 361 061
27 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Die Regierung des Empfängerlandes (Entwicklungsland B) deckt ihre Auslagen aus dem Verkaufserlös der eingeführten Waren. Durch den Verkauf kann sie nebenher markt- und preisregulierend wirken und damit unerwünschten Begleiterscheinungen innerwirtschaftlicher Art während der „Durststrecke" begegnen. Für den Gegenwert, d. h. 110 % des cif-Preises, kauft die Regierung ihrerseits landwirtschaftliche, bergbauliche oder industrielle Überschußprodukte der heimischen Erzeugung, die es praktisch in irgendeiner Form in allen Entwicklungsländern gibt, und stellt sie zu den gleichen Bedingungen dem Entwicklungsland C zur Verfügung. Dessen Regierung zahlt wiederum 5 % des Einfuhrwertes in Devisen, diesmal allerdings nicht an das Lieferland, sondern an dasjenige Land, das die Initialzündung finanziert hat, im Beispiel des vereinfachten Schemas also an die Bundesrepublik Deutschland, und ebenfalls 105 % des Einfuhrwertes in eigener Währung auf ein Gegenwertkonto, aus dem abermals der Ankauf eigener Überschußprodukte bezahlt wird, die ihrerseits an das Entwicklungsland D geliefert werden.

Auf diese Weise würde ein multilaterales System echter gegenseitiger Hilfe entstehen, die sich als endlose Kette fortsetzt. Die anteilige Devisenzahlung erfolgt solange an das ursprüngliche Lieferland, bis dessen Einschuß, eventuell einschließlich einer Verzinsung in — im Vergleich zu Krediten des Sowjetblocks an Entwicklungsländer konkurrenzfähiger — mäßiger Höhe, ausgeglichen ist. Nach Einspielen des Systems wäre es wahrscheinlich möglich, den Umschlag so zu beschleunigen, daß die Tilgung trotz der geringfügigen Belastung der einzelnen Nehmerländer in spätestens zwei Jahren erfolgt ist. Anschließend könnte der Devisenanteil zur Deckung unvermeidlicher Kosten des Systems dienen, die — wie beispielsweise Seefrachten — nicht in allen Fällen aus Gegenwertmitteln der beteiligten Länder bezahlt werden können. Durch den jeweiligen Aufschlag würde sich der Ausgangswert bereits bei siebenmaligem Umschlag verdoppeln. Auch bei verhältnismäßig niedriger Ausgangsbasis könnte durch das System daher in wenigen Jahren ein beachtliches Warenvolumen bewegt werden, mit einem Einschußkapital von 250 Mill. DM beispielsweise im Laufe von drei Jahren ein Volumen von ungefähr 5 Mrd. DM.

Natürlich wäre der Ablauf in der Praxis wesentlich komplizierter als in dem Schema. Die jeweiligen Lieferungen würden nicht nur an jeweils ein einzelnes Empfängerland gehen, sondern an eine große, mit dem Volumen steigende und je nach der Ware, der Weltmarktsituation und den besonderen Umständen der beteiligten Länder wechselnde Zahl von Teilnehmerländern. Dadurch würde sich schon nach kurzer Zeit eine vielfältige Verzweigung ergeben, die der des kommerziellen Warenaustausches kaum nachstände. Daß es sich nicht um einen „Ersatz-Welthandel im Kleinen" handelt, sondern um einen ausgesprochenen Notbehelf, dürfte von den Beteiligten nicht vergessen werden. Es wäre Vorsorge zu treffen, daß sich das System nicht zu einer Art Konkurrenz des kommerziellen Warenaustausches auswächst, sondern ein Provisorium von begrenzter Dauer bleibt. Das wird sich allerdings weder ohne eine internationale „Ausgleichsstelle" noch ohne ein Mindestmaß an Reglementierung erreichen lassen. Alle Entwicklungsländer, die sich an dem System beteiligen wollen, müßten der Ausgleichsstelle für jeweils mindestens ein Jahr sowohl ihren Mindesteinfuhrbedarf an Nahrungsmitteln und lebensnotwendigen Verbrauchsgütern als auch diejenigen Waren mitteilen, die sie selbst — über ihren eigenen Bedarf und über den vermutlichen Weltmarktbedarf hinaus — zur Verfügung stellen können. Aufgabe der Ausgleichsstelle wäre es nicht, auf Vorrat zu kaufen und dadurch auf die Produktenmärkte regulierend zu wirken zu versuchen, sondern aus der Kombination des angemeldeten dringenden Bedarfs und der angebotenen Überschüsse einen möglichst vielseitigen und schnellen Umschlag in Gang zu halten und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die normalen Handelsbeziehungen nicht beeinträchtigt werden. Dazu würde eine Prüfung gehören, ob die angebotenen Lieferungen wirklich echte Überschüsse des Geberlandes darstellen, die außerdem, soweit es sich nicht um Rohstoffe handelt, zu ihrer Herstellung keine zusätzlichen Einfuhren erfordern, andererseits wäre zu ermitteln, ob es sich bei den angemeldeten Bezugswünschen auch unter Anlegung eines strengen Maßstabes um lebenswichtigen Bedarf handelt. Vorhandene Organisationen, sowohl regionaler Art wie z. B. die ECAFE als auch fachlicher Art wie die FAO, könnten dabei hervorragende Dienste leisten.

Eine weitere internationale Institution hätte zweckmäßigerweise die im Laufe der Zeit immer komplizierter werdenden Verrechnungen vorzunehmen, also gewissermaßen als Buchhaltung der Ausgleichsstelle tätig zu sein. Dafür bietet sich die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich an, die Aufgaben ähnlicher Art seit Jahrzehnten mit Erfolg durchführt.

Psychologische Wirkung

Es kann naturgemäß nicht Aufgabe einer solchen Darstellung sein, die Konzeption bis in alle Einzelheiten auszuarbeiten. Herausgestellt werden soll aber noch einmal die weit über seine materielle Bedeutung hinausreichende psychologische Wirkung eines solchen Systems. Jede Möglichkeit, der von den Staatsmännern der westlichen Welt mit wachsender Sorge beobachteten sogenannten sowjetischen Wirtschaftsoffensive in den Entwicklungsländern durch eine positive Eigeninitiative ihre Giftzähne zu nehmen, ohne die Nachteile des sowjetischen Systems übernehmen zu müssen, verdient eine sorgfältige Prüfung. Die Entwicklungsländer würden ein solches System als ein Beispiel vollwertiger Partnerschaft begrüßen, das sie zu Geberländern machte und ihnen das Gefühl nähme, nur von Geschenken der Industrieländer abhängig zu sein. Gegenüber dieser Bedeutung sollten Bedenken zurücktreten, die sich aus der Kompliziertheit der vorgeschlagenen Regelung ebenso ergeben können wie aus Widersprüchen zu unserer allgemeinen Wirtschaftskonzeption. Zweifellos würden durch ein solches System die staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftsablauf in den Entwicklungsländern verstärkt werden, aber wer das eine will, kann das andere nicht ablehnen, jedenfalls solange kein besserer Weg gefunden ist zu dem Ziel: Brot für die hungernden Millionenmassen in den Entwicklungsländern bei deren gleichzeitiger Industrialisierung. Die Erfüllung der letzteren Aufgabe soll Sache des kommerziellen Außenhandels bleiben, bei deren Verwirklichung der Westen in der bisherigen Weise und durch Verlängerung der Finanzierungsfristen darüber hinaus ebenfalls jede erdenkliche Hilfestellung leisten sollte. Aber die bisherigen Methoden — das ist inzwischen Gemeingut geworden — reichen nicht aus, und zusätzliche Mittel können immer nur in relativ beschränktem Umfang verfügbar gemacht werden. Ein auto-revolvierendes System allein kann, wie es heute scheint, den circulus vitiosus lösen, bevor er zum Verhängnis wird.